



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Spectator: Reichsspiegel : (Vom 10. April bis 13. April)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 10. bis 13. April)

Innere Politik

Des Kronprinzen Heimkehr — Mißliche Zustände — Schülerelbstmorde — Amtliche Statistik — Gefahren des Idealismus — Notwendigkeit weiterer Erhebungen über die Ursachen des Selbstmordes bei Schülern

Am Dienstag, den 11. d. Mts., ist von Wien kommend das Kronprinzenpaar nach fünfmonatiger Abwesenheit von der Heimat wieder in Potsdam eingetroffen. Der künftige Träger der deutschen Kaiserkrone sieht ebenso wie seine Gemahlin frisch und von einer südlichen Sonne gebräunt aus. Seine hagere Gestalt erscheint straff und sehnig, so daß man getrost glauben darf, die Besorgnisse, die früher hier und da wegen der Gesundheit des Kronprinzen aufgetaucht sind, hatten keinerlei Begründung. Wenn auch die Reise nicht in dem ursprünglich in Aussicht genommenen Umfange durchgeführt werden konnte, hat der Kronprinz doch mancherlei gesehen und gehört, was ihm in Berlin wie in Deutschland überhaupt bei den einmal herrschenden, auf historischer Überlieferung beruhenden Verhältnissen nur selten oder gar nicht begegnet. Der Umgang mit freien, zielbewußt an ihrem Plage wirkenden Menschen, die absichtlich oder zufällig mit ihm in Berührung gekommen sind, mag dem Kronprinzen die Augen über mancherlei Engherzigkeiten bei uns weiter geöffnet haben, als das Studium eines Wagens voll Büchern wohl gekonnt hätte.

Die Heimat trifft ihr künftiger Monarch nicht in der hoffnungsvollen Stimmung an, die sonst das charakteristische Merkmal des Osterfestes genannt werden darf. Das „Christ ist erstanden!“ scheint auf unsere Zeit nicht mehr zu passen. Auch die Friedfertigkeiten unter uns rüsten zum Kampf, weil scheinbar eine Aussöhnung der inneren Gegensätze im Volk nicht möglich ist ohne Sieg und Niederlage. Soll man's bedauern? Im Kampf, auch im politischen, werden so viel ethische Werte mobilisiert, daß das bevorstehende Ringen vielleicht ganz heilsam auf die vielfach beobachtete Stagnation wirken könnte.

Der Semesterschluß der höheren Lehranstalten war wieder von drei Schülerelbstmorden begleitet. Mit Recht haben die neuerlichen Fälle die öffentliche Meinung erregt und zu einer lebhaften Erörterung in der Presse Veranlassung gegeben. Im Gegensatz zu früher beobachteter Gepflogenheit haben die Zeitungen nicht ohne weiteres die Schule für die traurigen Fälle verantwortlich gemacht. Die Erregung findet vielmehr in sachlichen Aussprachen ihren Widerhall, die darauf hinzielen, die wahren Gründe für die Erscheinung festzustellen. In dankenswerter Schnelligkeit ist auch das preussische Kultusministerium mit Angaben hervorgetreten, die geeignet erscheinen, wenigstens in einer Hinsicht Beruhigung zu verbreiten. So darf vor allen Dingen nicht von einer Zunahme

sogenannter Schülerelbstmorde gesprochen werden; ferner ist einwandfrei festgestellt, daß die Zahl der Selbstmorde unter den Schülern der Gymnasien und Realgymnasien im Verhältnis nicht größer sei als die bei Gleichaltrigen anderer Kreise. Damit ist von den Schulen ein böses Odium genommen. Eine amtliche Statistik weist nach, daß im Laufe der Jahre wiederholt auf ein Sinken der Zahl ein schnelles Aufsteigen folgte. In den durch die Statistik erfaßten 31 Jahren sind insgesamt 463 Fälle von Schülerelbstmorden vorgekommen, was einen jährlichen Durchschnitt von 15 Fällen ergibt. Dieser Durchschnitt ist in den Jahren 1883, 1889, 1892, 1897, 1903, 1907, 1908 und 1910 erheblich überschritten, während die Jahre 1882, 1895, 1898 und 1904 wesentlich darunter blieben. In den letzten drei Jahren waren zu verzeichnen 1908 28, 1909 24 und 1910 23 Fälle. Wenn diese Zahlen auch über den Jahresdurchschnitt erheblich hinausgehen, so ist dabei die außerordentliche Zunahme der Schüler an höheren Lehranstalten zu berücksichtigen. Auf 100 000 Schüler entfallen in den letzten drei Jahren im Durchschnitt je 11 Fälle, eine Zahl, die in früheren Jahren bereits sechsmal überschritten ist, am höchsten im Jahre 1889. Die vorgekommenen Fälle verteilen sich nicht gleichmäßig auf die Monarchie, vielmehr entfällt eine sehr hohe Zahl auf die großen Städte, und zwar erheblich mehr, als nach der Schülerzahl zu erwarten wäre. Von den in den letzten zehn Jahren vorgekommenen 210 Fällen entfallen 43 auf Berlin. Während man früher annahm, daß die humanistischen Anstalten an den Schülerelbstmorden in höherem Maße beteiligt wären, zeigt die Statistik der letzten Jahre eine größere Zahl an den Realanstalten.

Durch die letzte Feststellung werden Ausführungen eines Berner Schulmannes, Professor Herberz, wenigstens teilweise widerlegt. Immerhin bleibt noch ein gut Teil seiner Hinweise als berechtigt bestehen, wenn er den „Idealismus in jeder Form“, den ethischen ebenso wie den ästhetischen, metaphysischen, religiösen und künstlerischen, als Gefahrenträger bezeichnet.

„Nehmen wir“, so schreibt Herr Herberz, „einen Gymnasiasten an, der sich in den Idealismus etwa der Schillerschen Lebensauffassung voll hineingelebt hat. Nehmen wir an, daß ihm insbesondere der sittliche Idealismus des großen Dichters zu einer sein Herz und seinen Geist erfüllenden Überzeugung geworden ist. ‚Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Übel größtes aber ist die Schuld‘ — ist einem solchen Jüngling dann ein Wort, das er nicht nur im Zusammenhang des Trauerspiels, dessen Abschluß es bildet, zu verstehen sucht, sondern das für ihn eine sein ganzes eigenes Leben umspannende Bedeutung besitzt. Nehmen wir nun weiter an, daß jener selbe Schüler in der Zeit der beginnenden Pubertät — wie viele tausend andere — jenen bekannten Verfehlungen sich hingegeben habe, die mehr als eine bloße geschlechtliche Unart, aber weit weniger als ein Laster sind. Dann wird er in seiner durch die Folgen der Verfehlungen noch gesteigerten Reizbarkeit und Empfindlichkeit seine Lebensführung als ‚lasterhaft‘ ansehen und sich mit dem Gedanken quälen, er

habe eine große ‚Schuld‘ auf sich geladen. Das Ablassen von der üblen Gewohnheit erscheint aber in weitaus den meisten Fällen den damit Behafteten — bei ihrer geschwächten psychophysischen Energie — als eine ihre Kräfte übersteigende Aufgabe. Der Schüler also argumentiert: Ich lade andauernd eine ‚Schuld‘ auf mich, der ich nicht zu entinnen vermag. ‚Der Übel größtes aber ist die Schuld.‘ Wertvoller als das Leben — das nicht der Güter höchstes ist — ist die Schuldlosigkeit. — Und mit der unaufhebbaren Notwendigkeit eines Syllogismus folgt aus den Prämissen dieser Argumentation für die irreführende ‚idealistische‘ Logik unseres Schülers der Entschluß, dieses schuldbeladene Leben von sich zu werfen. Solche Beispiele, in denen ein überspannter Idealismus einem Schüler die tödliche Waffe in die Hand drücken kann, lassen sich hundertfältig häufen. Jeder möge sie aus seinen persönlichen Erfahrungen ergänzen. Es genügt bei einer sensiblen Natur oft schon das innige Sich-Hinein-Denken und Verstehen oder vielleicht auch Mißverstehen eines einzigen Gedankenganges eines Idealisten, um in der jungen Seele ein Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit hervorzurufen, welches das Leben als unerträglich erscheinen läßt. Man nehme etwa die Forderungen des ethischen Rigorismus eines Fichte, die Behauptung dieses Idealisten, daß nur derjenige das Recht zu leben habe, der den unbedingten Anforderungen des Sittengesetzes standhalten kann, und vergegenwärtige sich, in welcher verhängnisvoller Weise ein solcher Ausspruch auf ein jugendliches Gemüt wirken kann, das die Worte der Philosophen noch nicht aus ihren philosophiegeschichtlichen Bedingungen heraus verstehen und einzuschätzen gelernt hat.“

Die Ausführungen des Berner Schulmannes werden durch die Feststellung der amtlichen Statistik, daß die Großstädte am meisten Selbstmorde von Schülern aufweisen, nicht abgeschwächt. Der leicht herbeigezogene Grund, die Laster der Großstadt seien schuld an dieser Erscheinung, kann doch nur in den seltensten Fällen als stichhaltig gelten. Man erinnere sich nur der Tatsache, wie viele Eltern aus der Provinz ihre Söhne in die mit reichen Stipendien ausgerüsteten Großstadtschulen, einschließlich der großen Alumnate, geben. Sollte nicht häufig in diesem Zusammenhange ein Unglück geschehen sein? Es wäre eine dankbare Aufgabe der Schulverwaltung, auch darüber Angaben zu veröffentlichen, ob die jugendlichen Selbstmörder in den Großstädten von der Provinz hereingekommen sind oder nicht. Ebenso scheint mir Auskunft erwünscht über eine andere Frage. Stammen die jugendlichen Selbstmörder aus Familien mit zahlreichen Kindern oder mit wenigen? Oder lassen sich in dieser Beziehung Normen nicht feststellen? Zusammen mit anderen Daten könnte man aus der Beantwortung dieser Frage Schlüsse auf Degenerationserscheinungen ziehen, die auch den Weg zur Abhilfe wiesen. Ich habe z. B. auch bei einigen Selbstmorden beobachtet, daß es sich dabei um das einzige Kind oder um ein Kind von nur zweien handelte, während mir kein Fall bekannt geworden ist, wo der Selbstmörder einer mit zahlreichen Kindern gesegneten Familie angehörte.

G. Cl.

Wiener Brief

Die Reichsratsauflösung — Aussichten der Neuwahlen — Polen und Regierung — Arbeitsmethode des Reichsrats — Trinkgelderpolitik — Die parlamentarische Korruption — Sozialpolitik — Nachgiebigkeit der Regierung — Ungarische Forderungen — Gößliche Verstimmungen — Kriegsminister gegen Thronfolger — Graf Lehrenthal — Albanien

Die Reichsratsauflösung und die bevorstehenden Neuwahlen stehen naturgemäß im Vordergrunde der österreichischen Politik, nicht als ob man sich übermäßig über den Gegenstand aufregte, aber man empfindet den Kitzel der Neugierde gegenüber dem Neuen, das kommen soll. Bevor ich ein paar Worte über die Ursachen der Auflösung sage, möchte ich mich mit den Aussichten der Neuwahlen beschäftigen, weil diese manches Licht auf die Vergangenheit werfen. Die Wahlkreise sind in Österreich bei der letzten Wahlreform national abgegrenzt worden, so daß keine Nationalität auf Kosten der anderen Eroberungen machen kann (es müßten denn ganz unwahrscheinliche nationale Verschiebungen eintreten). Auf diesem Wege kann die Regierung also keine Verstärkung ihrer Macht suchen. Nun haben z. B. die Deutschen 231 Mandate; im verfloffenen Reichstag besaßen davon der deutsche Nationalverband 78, die Christlichsozialen 95, die Sozialdemokraten 51. Da die beiden erstgenannten Parteien die Regierung unterstützen, kann diese Regierung ihre Mehrheit verstärken, wenn den Sozialdemokraten Mandate abgenommen werden; da die Deutschfreiheitlichen und die Christlichsozialen sie voraussichtlich bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie unterstützen werden, sind die Aussichten in dieser Beziehung nicht ungünstig. Es scheint auch bei den Massen ein gewisser Rückschlag gegenüber der sozialdemokratischen Phraseologie eingetreten zu sein; andererseits hat aber in manchen Bezirken die Zahl der Arbeiter in den letzten vier Jahren stark zugenommen, kurzum, auch der weitestgehende Optimismus rechnet mit einer Eroberung von höchstens zwanzig sozialdemokratischen Mandaten. Das ist ja immerhin etwas, der Mehrheit wachsen zwanzig Mandate zu, die Opposition verliert sie, das macht bei Abstimmungen einen Unterschied von vierzig Stimmen.

Der zweite Hauptbestandteil der Regierungsmehrheit sind die Polen; in drei Parteien gespalten, die sich untereinander heftig befehden, werden sie doch im Reichsrat vom gemeinsamen Polenklub umfaßt, der gleichfalls einen Bestandteil der Regierungsmehrheit bildete. Aber die inneren Zwistigkeiten färbten auf das Verhältnis zur Regierung recht ungünstig ab. Die schönen Zeiten, wo die Schlachta uneingeschränkt im Polenklub regierte, sind, wie es scheint, unwiederbringlich vorüber. So warf denn ein Teil der Polen, der mit den Tschechen in heimlichem Einverständnis war, der Regierung beständig Knüppel zwischen die Füße. Es ist von hier aus schwer zu übersehen, wie sich die Dinge bei den Wahlen gestalten werden; zurzeit spielen in Galizien, zum Teil vor den Gerichten, einige ganz besonders bössartige Korruptionskandale. Es müßte daher nicht gar zu schwer sein, daß eine Partei, die nicht beteiligt ist, die kompromittierten

Parteien aus dem Sattel hebt; unglücklicherweise sind aber alle Parteien gleichmäßig an den Skandalen beteiligt. Außerdem ist der Einfluß der Wiener Regierung auf die galizische Verwaltung doch sehr beschränkt, sonst wäre es natürlich nicht allzu schwer, einer der Regierung genehmen Partei den Sieg zu verschaffen. Aber Baron Bienerth ist gar nicht in der Lage, seinen Willen durchzusetzen, wenn der Statthalter von Galizien, der tatsächlich eine Art Satrapenstellung hat, nicht der gleichen Meinung ist. Würde Baron Bienerth einen anderen der Wiener Regierung gefügigen ernennen, so wäre noch lange nicht gesagt, daß die Beamtenschaft ihm bedingungslos gehorchen würde. Ob also die Stellung des Ministeriums sich dadurch verbessern wird, daß die Polen einheitlicher und für die Regierung lenkbarer ins neue Haus einziehen werden, ist eine ganz offene Frage.

Aber nehmen wir selbst das an. Das alte Haus ist indes nicht deshalb aufgelöst worden, weil die Regierung bei einer Abstimmung unterlegen wäre, sondern weil ein paar Tschechen bei dem auf einen bestimmten Termin gestellten Budgetprovisorium im Ausschuß obstruieren. Man wird auch bei einer Regierungsmehrheit von zwanzig Stimmen im neuen Hause obstruieren können, trotz der provisorischen Geschäftsordnung, die vor etwas mehr als einem Jahre angenommen wurde; und wenn es irgendeine Geschäftsordnung gibt, die die Obstruktion wirklich verhindern kann (woran man füglich zweifeln darf), so ist es jedenfalls todsicher, daß kein österreichischer Reichsrat sie auf gesetzlichem Wege, d. h. unter Beachtung der jetzt gültigen Geschäftsordnung annehmen wird. So gelangt man wieder dorthin, wo man war.

Nun eine kleine Skizze der Methode, nach der der österreichische Reichsrat bisher gearbeitet hat! Man rühmt dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten nach, daß er im Gegensatz zu seinen Vorgängern die Handelsbude im Reichsrat, den „luogo di traffico“, wie er schon zu Laaffes Zeiten hieß, zugemacht hat und in nationalen Fragen ein objektives Regiment führt. Nun ist gewiß gegenüber seinem unmittelbaren Vorgänger ein Unterschied zu bemerken im Vergleich zu seinem Vorgänger Baron Beck. Daß er aber der Herkules ist, der die parlamentarische Korruption aus den Regierungsmethoden in Österreich ausgeschaltet hat, ist eine Fabel. War es denn nicht ein Rückfall in die Trinkgeldpolitik, als Baron Bienerth lediglich in der schüchternen Hoffnung, die Tschechen würden doch von der Obstruktion ablassen, was sie vier Wochen taten, das Arbeitsministerium einem tschechischen Beamten anvertraute, daß er den Polen bei der letzten Rekonstruktion halb und halb den Bau der galizischen Kanäle und noch ganz kürzlich nach der Bewilligung der Militärkredite durch die Delegationen die Einbringung einer Lokalbahnvorlage versprach, angeblich um „Volksnotwendigkeiten“ zu befriedigen? Sie haben freilich nur allzu oft verzweifelte Ähnlichkeit mit der Notwendigkeit, den Wählern ein Geschenk nach Hause zu bringen. Unwillkürlich muß ich dabei an den klassischen Tag denken, der im preussischen Abgeordnetenhause jedes Jahr wiederkehrt. Der Zeitungsbericht weiß

in lakonischer Kürze vierzig und mehr Redner zu verzeichnen, von denen jeder den Bau einer Bahn von da bis dort — zufälligerweise durchquert die Bahn immer seinen Wahlkreis — mit hinreißender Beredsamkeit befürwortet; dann pflegt der Eisenbahnminister aufzustehen und jedes Jahr mit demselben ernsten Gesicht das eingehende Studium aller empfohlenen Projekte zuzusagen, worauf die Abgeordneten mit dem trostreichen Gefühl nach Hause gehen: In magnis voluisse sat est . . . Die Lokalbahnvorlage, die der Ministerpräsident in Aussicht stellte, hätte bei einem Kostenaufwande von etwa einer Viertelmilliarde Kronen sechs- und siebenzig Abgeordneten und sechsundsevenzig Wahlkreisen die Befriedigung ihrer Wünsche und sechsundsevenzig Abgeordneten die Befestigung ihrer Mandate gebracht; da wären denn gerade noch vierhundertvierzig übrig geblieben, die auf andere Weise zufriedengestellt werden müßten.

Das ist die parlamentarische Korruption bezüglich der Abgeordneten und Parteien. Ein viel weitläufigeres Kapitel ist die Korruption, die durch das allgemeine Wahlrecht überhaupt herbeigeführt wurde und an dem das Haus als ganzes beteiligt ist. Da ist das weite Gebiet der Sozialpolitik; sie hat in Nationalstaaten wie im Deutschen Reich ihre zwei Seiten, in einem Nationalitätenstaat wie Österreich ganz unübersehbare Wirkungen, ganz besonders wenn man die deutschen Gesetze im großen und ganzen doch nur abschreibt und noch durch einen weiteren Aufguß sozialen Öles verstärkt. In Österreich beträgt die Haussteuer, die doch natürlich auf den Mieter abgewälzt wird, zwischen 40 und 45 Prozent, was zur Folge hat, daß die Wohnungen in Wien gerade doppelt so teuer sind als in Berlin. Es ist dies eine unsoziale Steuer, die auf den Ärmsten am schwersten lastet und den Verderb kommender Generationen bedeutet; jede vernünftige Sozialpolitik müßte also doch damit anfangen, billige und gesunde Wohnungen zu schaffen, meinetwegen mit einer progressiven Besteuerung, anfangend bei einer bestimmten Höhe der Miete. In Österreich zäumt man das Pferd beim Schwanz und schafft eine Alters- und Invaliditätsversicherung. Sie überbietet, was die Zahl der Versicherten wie auch die Höhe der vom Staate zu leistenden Zuschüsse betrifft, bei weitem die deutsche Versicherung; und zu allen weiteren Belastungen, die die Kommission in das Gesetz noch gepackt hat, sagt die Regierung Ja und Amen. Glücklicherweise ist durch die Auflösung des Hauses diese „soziale Großtat“ vorläufig wieder in die Schubladen des Ministeriums gewandert. Aber nicht die Arbeiter allein haben den Abgeordneten gewählt, wenn er auch hier den schärfsten Wettbewerb mit den Versprechungen der Sozialdemokraten zu bestehen hat; auch der Handwerker will seinen Tisch gedeckt haben, natürlich mit den Speisen, die nach seiner Meinung am schmackhaftesten sind (wodurch eine wirkliche Heilung der Schäden dieses Standes oft überhaupt unmöglich gemacht wird), und auch der Beamte will seinen Teil. Wenn es noch nicht durchgeführt ist, daß jeder Beamte ein Hofratsgehalt bezieht, so ist dies nicht Schuld der Abgeordneten. Denn auf dem besten Wege dazu ist man bereits; die Abgeordneten fordern für die

Beamten das Zeitavancement, d. h. jeder Beamte soll unter allen Umständen vorrücken und ein gewisses Höchstgehalt erreichen. Man male sich die Folgen aus; die Regierung hat mit geringen Abschwächungen den Forderungen zugestimmt. Bei den österreichischen Staatsbahnen herrscht eine heillose Wirtschaft, ein ungeheurer Beamtenüberschuß belastet das Budget, und dementsprechend sind die Bahnen auch in hohem Maße passiv; die Gründe dafür im einzelnen auszuführen, würde hier zu weit führen, sie fallen aber auch fast alle unter die Rubrik der parlamentarischen Korruption. Und wenn hier nicht Wandel geschaffen wird, so geht Osterreich einer schweren finanziellen Krise entgegen, sobald es seine rückständige Wehrkraft auf die Höhe der Anforderungen bringt, die sich aus der Großmachtstellung und dem Bundesverhältnis ergeben.

Hier liegen die Schäden, die eine Neuwahl des Abgeordnetenhauses nicht heilen kann. Die Übelstände sind alt, viel älter als das allgemeine Wahlrecht; dieses hat sie freilich verschärft. Die Hauptursache liegt in der Nachgiebigkeit der Regierung. Im deutschen Reichstag fällt es schließlich selbst dem Zentrum, dem man vielleicht am ehesten Gelüste nach solcher Politik nachsagen könnte, nicht ein, als Preis für die Unterstützung der Regierung ein paar Staatssekretariate und die Besetzung von soundso viel Beamtenposten mit seinen Anhängern zu verlangen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß alle Versuche einer parlamentarischen Regierung in Osterreich deshalb ganz unmöglich sind, weil die parlamentarischen Minister sich gar nicht dem ganzen Lande gegenüber für ihr Tun verantwortlich fühlen, ja zum Teil an dem Bestande des Staates in seiner jetzigen Form überhaupt kein Interesse haben. Aber mit einer Beamtenregierung nach preußischem Muster allein wäre es auch nicht getan. Diese Regierung müßte stark genug sein, um die Grenze zwischen Verwaltung und Gesetzgebung strengstens zu wahren; bevor das Parlament sich aber mit einer solchen Beschränkung seiner Machtbefugnisse abfindet, würde es wohl harte Kämpfe setzen. Indes steht fest, daß der Kaiser derartigen Konflikten abgeneigt ist; dies ist aus manchen seiner Lebenserfahrungen erklärlich und bei seinem Alter wohl auch begreiflich. Damit ist aber auch die Bedeutung der kommenden Reichsratswahlen einigermaßen umgrenzt; man wird sich „fortkretten“. Für die Deutschen ist der Zustand erträglich, sie sind nicht stark genug, um dem Staatswesen gegen den Willen der Dynastie Reform und daraus folgende Gesundung aufzuzwingen. Sie müssen froh sein, wenn es ihnen gelingt, ihre nationalen Interessen zu wahren.

In Ungarn hat man die Auflösung des österreichischen Reichsrats mit Schmunzeln aufgenommen. Zwar stehen die Dinge nicht so, daß selbst ein arbeitsfähiger österreichischer Reichsrat ein unüberwindliches Hindernis für die Durchsetzung ungarischer Forderungen wäre; aber er kann immerhin den Widerstand, der vom Träger der Krone geübt wird, wirksam verstärken oder dem Monarchen den Widerstand bequemer machen, indem er ihn auf die österreichische Regierung und das Parlament abschiebt. Nun besteht gegenwärtig eine dem Grafen Rhuen recht peinliche Differenz zwischen der österreichischen und der

ungarischen Regierung wegen der Reform des Militärstrafgesetzes. Es handelt sich dabei um die Verhandlungssprache der Gerichte. Bisher hat der österreichische Justizminister Hochenburger den ungarischen Forderungen tapfer widerstanden, aber er hätte es wohl nicht tun können, wenn er nicht oben den Rücken gedeckt gehabt hätte. „Oben“ bedeutet aber in diesem Falle nicht den Kaiser allein, sondern auch den Thronfolger, der die Seele des Widerstandes gegenüber den nationalen Forderungen der Magyaren ist. Indes versucht Graf Rhuen die Sache doch nochmals beim Kaiser, er empfiehlt den braven ungarischen Reichstag gegenüber dem unartigen Bruder in Wien und macht sich anheischig, das Wehrgesetz in zwei Monaten zu erledigen, ohne Rücksicht darauf, ob es in Österreich erledigt wird oder nicht; nur das kleine rot-weiß-grüne Fähnchen möge man ihn daran heften lassen, damit er vor dem ungarischen Reichstag in Ehren erscheinen kann. Und dann noch eins: das Gesetz bedarf, um Kraft zu erhalten, der Annahme durch den österreichischen Reichsrat in gleichem Wortlaut; könnte sich dieser nicht doch vielleicht an dem bescheidenen ungarischen Fähnchen stoßen, und wäre es darum nicht besser, auch gleich das Wehrgesetz mit dem gleichen segensreichen Paragraphen in Österreich ins Leben treten zu lassen? so gewissermaßen um Lebens und Sterbens willen? Da wird die nächste Zeit interessante Entscheidungen bringen.

Indes kommt der Thronfolger anlässlich des Besuchs des deutschen Kronprinzenpaares wieder nach Wien. Zwischen ihm und dem Kaiser hat es in der letzten Zeit wohl einige Verstimmungen gegeben, zunächst wegen der Stellung seiner Gattin bei Hofe, für die er wieder eine Rangerhöhung forderte; der Kaiser hat nicht nachgegeben, und als die Seele des Widerstandes wird vor allem seine Tochter, die Erzherzogin Valerie, genannt. Der Thronfolger vermied infolgedessen im vergangenen Winter die Hofseite, und es hieß sogar, er werde dies so lange tun, bis er sein Ziel erreicht habe. Indessen hat er sich nun doch gefügt und ist mit seiner Gattin zum Empfange des deutschen Kaiserpaares nach Wien gekommen.

Aber das sind Familienangelegenheiten, die freilich auch auf die Politik ihre Schlaglichter werfen. Ernsthafter ist, daß der Kriegsmi-nister in der österreichischen Delegation ganz offen gegen den Thronfolger polemisiert hat. In einem christlichsozialen Blatte, der Reichspost, waren die Militärvorlagen, die der Kriegsmi-nister vor den Delegationen vertrat, als völlig ungenügend und als „elende Brocken“ kritisiert worden. Infolge der Eigenart des Wiener Telephons, bei dem man die intimsten Gespräche Dritter belauschen kann, war es bekannt geworden, daß der Vorstand der Militärkanzlei des Thronfolgers den betreffenden Artikel inspiriert habe. Nach Schluß der Delegations-sitzungen verlautete, dieser Offizier werde zur Truppe versetzt, was schließlich doch nicht eintrat. Tatsache ist, daß der Kriegsmi-nister beim Thronfolger in schwerer Ungnade steht, vom Kaiser aber gehalten wird. Wenn auf Fürstengunst schon im allgemeinen keine Häuser zu bauen sind, so mag dies nach den bisherigen

Erfahrungen vom künftigen österreichischen Herrscher ganz besonders gelten. Der Vorgänger des Baron Bienerth wurde als sein besonderer Günstling Ministerpräsident, fiel jedoch noch während seiner Ministerzeit in schwerste Ungnade, weil er das gleiche Wahlrecht statt des vom Thronfolger bevorzugten Pluralwahlrechts einführte. Graf Lehrenthal verschätzte sich seine Gunst durch den Friedjungprozeß, der Kriegsminister Schönau durch zu weit gehende Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen Ungarns; auch der Generalstabschef Conrad v. Höpendorf soll das Vertrauen eingebüßt haben. Nach diesem Vorbild wird der Menschenverbrauch unter dem Kaiser Ferdinand recht ausgiebig sein; vielleicht kommt indes mit der Verantwortlichkeit auch die Sparsamkeit.

Die Frage, ob Graf Lehrenthal geht oder bleibt, hängt indes keineswegs von seinem Verhältnis zum Thronfolger ab, sondern ausschließlich von seiner Gesundheit. Sie soll sich gebessert haben, und wichtige Sachen des Ministeriums gehen schon wieder nach Abbazia, was um so nötiger ist, als Lehrenthals Stellvertreter, Graf Pallavicini, auch krank ist. Vielleicht hat der Thronfolger auch jetzt Anlaß zur Kritik an der auswärtigen Politik Österreichs. Die klerikalen Blätter geben wenigstens sehr deutlich ihrem Unmut darüber Ausdruck, daß Österreich nicht in Albanien eingreift und den Türken gegenüber den Albanern in den Arm fällt. Von den Albanern ist zwar nur ein schwaches Drittel katholisch; da aber die sonstige Christenheit am Balkan fast ausschließlich griechisch-orthodox ist, so klammert sich die Kurie um so mehr an diesen katholischen Bevölkerungsteil, um von hier aus die Hebel für eine katholische Propaganda anzusetzen. Das Ministerium steht zweifellos auch ein wenig unter dem Drucke dieser Ermahnungen zur Aktivität, wenn es natürlich auch ausgeschlossen ist, daß es über zarte Winke an die Adresse der Pforte hinausgehen sollte. Und es läßt sich in dieser Beziehung, wie ein klerikales Blatt kürzlich bemerkte, von England „beschämen“, das wieder seine Entrüstung gegenüber den „atrocities“ der Türken spielen läßt — mit besonderer Vorliebe freilich, wenn es mit der Türkei über recht praktische Dinge, wie zum Beispiel über das Endstück der Bagdadbahn, verhandelt.

—i—

Bank und Geld

Herr v. Gwinner und die Etatberatung — Sparkassen und Konjols — Produktive Schulden im Eisenbahnetat — Die Sanierung der Österreichischen Südbahn — Zahlungseinstellung Pistorius in Hildesheim

Gelegentlich der Etatberatung im preußischen Herrenhause hat es eine angeregte Aussprache zwischen dem ersten Theoretiker und dem ersten Praktiker in Finanzfragen gegeben. Adolf Wagner und Herr v. Gwinner haben die Klängen gekreuzt, und man kann nicht behaupten, daß der Leiter der Deutschen Bank dabei den kürzeren gezogen hätte.

Um zwei Punkte handelte es sich vornehmlich: zunächst um die schon so oft aufgeworfene Frage, ob man den Sparkassen und eventuell auch den

Industriegesellschaften und Banken die Verpflichtung auferlegen solle, einen bestimmten Betrag von Staatspapieren unter ihren Beständen auszuweisen. Herr v. Gwinner bejaht die Frage, soweit sie die Sparkassen angeht; dagegen lehnt er eine gesetzliche Bindung der Aktiengesellschaften ab. Er begründet die Maßnahme mit der Notwendigkeit, auf eine größere Liquidität der Sparkassen hinzuwirken, die angesichts eines Hypothekenbestandes in Höhe von fast zwei Drittel der Anlagen durchaus ungenügend sei. Wie der Finanzminister erklärte, wird die Regierung schon in aller Kürze einen dahingehenden Gesetzesvorschlag einbringen. Die Frage ist daher an sich wohl schon entschieden; nur wird man hinsichtlich der Begründung, die sich anscheinend auch die Regierung zu eigen machen will, einige Bedenken erheben müssen. Es ist nämlich nicht richtig, daß durch eine vergrößerte Anlage in Staatspapieren die Liquidität der Sparkassen für den Ernstfall eine nennenswerte Stärkung erfährt. Konsols sind ja freilich eine leichter bewegliche Anlage als Hypotheken; man darf indessen nicht übersehen, daß bei Ausbruch eines Krieges — auf den ausdrücklich exemplifiziert worden ist — die Verwertung von Staatspapieren kaum geringeren Schwierigkeiten begegnen dürfte als die Beleihung von Hypotheken. Herr v. Gwinner hat vollständig recht. Bei einem Kriege der Zukunft müßte die erste Maßregel der Zwangskurs der Reichsbanknoten und eine Suspendierung des Bankgesetzes sein. Wenn die Reichsbank schon in normalen Zeiten wie am letzten Quartalswechsel eine Verschlechterung ihres Status von etwa dreiviertel Milliarden erfährt, so liegt die Frage nahe, wie der Reichsbankausweis im Augenblick einer Kriegserklärung sich gestalten wird. Ja, die Maßregel des Zwangskurses wird sogar nicht ausreichen; es wird notwendig sein, eine Stelle zu schaffen — sei es nun bei der Reichsbank oder der Seehandlung —, welche die Beleihung von Staatspapieren und Hypotheken bis zu einem gewissen Maximalbetrage gegen Staatspapiergeld oder gegen Zwangsnoten durchführt. Ohne eine solche Maßregel würde sofort die Mehrzahl unserer Sparkassen bankrott sein. Man sieht also, im Ernstfall ist der Unterschied zwischen einer Anlage in Hypotheken und einer solchen in Staatspapieren nicht so bedeutend, als es den Anschein hat. Es sind also auch nicht sowohl Gründe der Liquidität als der Wunsch, dem Markt der Staatspapiere einen ständigen Abnehmer zuzuführen, das bestimmende Motiv zu diesem gesetzgeberischen Vorgehen. Unter diesen Umständen aber ist eine Ausdehnung der Vorschrift zum mindesten auf die Banken durchaus erwägenswert.

Der andere Punkt der Verhandlungen betraf wie im Vorjahre die Frage der etatmäßigen Behandlung unserer Eisenbahneinnahmen. Herr v. Gwinner vertritt mit Lebhaftigkeit und mit überzeugenden Gründen den Standpunkt, daß es unwirtschaftlich sei, Investitionen der Eisenbahnen aus Mitteln des Betriebs zu bestreiten. Er verlangt die Übernahme solcher Ausgaben auf amortisablen Anleihekredit und demgemäß eine Erhöhung der zugunsten der allgemeinen Staatseinnahmen abzuführenden Rente der Eisenbahnen. Bei

Festsetzung einer Amortisationsrate von 0,6 Prozent werde es alsdann gelingen, die gesamte Eisenbahnschuld in sechsundsünfzig Jahren und sämtliche Neuinvestitionen in einundvierzig Jahren zu tilgen. Warum sich der Finanzminister gegen einen so einleuchtenden und praktikablen Vorschlag sträubt, ist nicht recht zu begreifen. Der Vorwurf, das Gwinnersche Verfahren bedeute eine ständige Vermehrung der Schuldenlast und sei deshalb weniger solide, ist offenbar ganz unzutreffend, da es sich um die Aufnahme produktiver, aus dem Betriebe zu amortisierender Schulden handelt.

Der Name des Herrn v. Gwinner verknüpft sich auch mit einer Finanztransaktion, die wegen ihrer Größe und Bedeutung hervorragende Aufmerksamkeit verdient — der Sanierung der Österreichischen Südbahn. Seit dem vorigen Jahre erst gehört Gwinner als Vertreter der deutschen Aktionäre dem Verwaltungsrate der Südbahn an. Die Zeit hat ausgereicht, um bei ihm den weitausschauenden Plan reifen zu lassen, der Finanzmisere der Südbahn ein Ende zu bereiten. Die Südbahn, die größte Privatbahn des Kontinents mit einem Anlagekapital von 2,8 Milliarden Franken, bietet in ihrer Finanzgeschichte eines der skandalösesten Beispiele dafür, wie im vorigen Jahrhundert mächtige Finanzgruppen — im vorliegenden Falle das Haus Rothschild — sich auf Kosten von ihnen gegründeter Unternehmungen zu bereichern verstanden. Die Südbahn ist durch die Methode der Geldbeschaffung, insbesondere die Wahl des dreiprozentigen Typus für ihre Obligationen, die sie zu Pari zurückzahlen hat, während sie kaum die Hälfte des Nominalkapitals dafür erlöste, mit einer ungeheuren Schuldsomme belastet. Diese beläuft sich auf 2169 Millionen Franken, für die nur 1027 Millionen Franken in die Kasse der Gesellschaft geflossen sind. Die letztere muß daher dieses tatsächliche Schuldkapital dauernd mit mehr als 6 Prozent verzinsen und an die Obligationäre ein Disagio von über 1 Milliarde Franken zurückzahlen. Dies hat sich im Laufe der Jahre als vollständig unmöglich erwiesen. Die Bahn behielt nicht einmal die erforderlichen Mittel, um die Neuinvestitionen zu bestreiten; sie mußte sich das rollende Betriebsmaterial im Wege der Leihe, also ganz unwirtschaftlich, beschaffen und gewann auch hierfür nur notdürftig die Mittel durch eine Hinausschiebung der Auslösung der dreiprozentigen Prioritäten. Nunmehr soll nach dem Gwinnerschen Plan eine grundsätzliche Sanierung erfolgen, die das Mißverhältnis zwischen Anlagewert und Kapital beseitigt. Diese Möglichkeit ist dadurch gegeben, daß die Südbahn gegen den italienischen Staat eine Annuitätenforderung von 29,5 Millionen etwa bis zum Jahre 1854 und von 12,7 Millionen von da bis 1968 besitzt. Diese Rentenforderung wird zur Unterlage einer dreiprozentigen amortisablen Anleihe in Höhe von 752 Millionen Franken verwandt. Von dieser Anleihe wird ein Teil den Besitzern der dreiprozentigen Obligationen zugewiesen, die im übrigen auf das Recht der Parirückzahlung so weit verzichten müssen, daß der Einlösungswert der Obligationen sich nur auf 70,40 Prozent des Nennwerts stellt. Ein anderer Teil der neuen Anleihe dient zur Pari-

rückzahlung der fünfprozentigen Prioritäten, einer unter dem Namen des „Kaufschillingsrestes“ bestehenden Forderung des österreichischen Staates, schwebender Schulden und zur Schaffung eines ausreichenden Betriebsfonds.

Wenn es gelingt, auf diese Weise die Südbahn wieder zu einem lebensfähigen Unternehmen zu gestalten, so hat der Schöpfer dieses Planes sich kein geringes Verdienst um das deutsche Kapital erworben; ist dieses letztere doch mit nicht weniger als einer halben Milliarde Mark an dem Wohlergehen der Bahn interessiert.

Unter den Bankfirmen ist wieder eine zur Zahlungseinstellung gezwungen: J. H. Pistorius in Hildesheim. Eine Sanierungsaktion, welche die Deutsche und die Hildesheimer Bank versucht hatten, ist gescheitert. Wie in früheren Fällen soll nun unter Mitwirkung der Deutschen Treuhandgesellschaft ein Status aufgestellt und ein Moratorium nachgesucht werden, das eine Liquidation der Firma ermöglicht. Ob mit besserem Erfolg als bei anderen Insolvenzen, steht dahin. Ganz offensichtlich sind die sich ständig mehrenden Zusammenbrüche kleinerer Bankfirmen auf eine gemeinsame Ursache zurückzuführen und nicht nur in schlechter Geschäftsführung begründet. Die Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe und die Konkurrenz der Großbanken erdrückt die kleinen je länger je mehr. Wer selbständig geblieben ist, sucht sich dadurch zu wehren, das er nach dem Muster der Banken seine Betriebsmittel durch Heranziehung von Depositengelbern stärkt. Für kleine Firmen ist das ein doppelt gefährliches Beginnen in einer Zeit, die dem Mißtrauen ohnedies Tür und Tor geöffnet hat. Der geringste Anstoß genügt unter solchen Umständen, um einen Ansturm der Depositengläubiger zu entfesseln, dem selbst eine Firma nicht gewachsen wäre, die streng nach den Regeln bankmäßiger Liquidität verfährt.

Spectator

Bücherliste

- Voigt, R.:** Das Tagebuch einer Fünfjährigen. Reutlingen, Verlag des schwäb. Gewerbandes.
- Müller, Josef:** Aberskünden. Brauwerde i. W., Dr. W. Breitenbach. M. 6.—
- Jansen, Max:** Jacob Fugger, der Reiche. Studien und Quellen. Leipzig, Duncker & Humblot. M. 10.—
- Brand, Georg:** Die Wirtschaftsbücher zweier Pfarrhäuser des Leipziger Kreises im vorigen Jahrhundert. Leipzig, Duncker & Humblot. M. 3.60.
- Fontana-Ruffo, Dr. Luigi, Professor:** Grundzüge der Handelspolitik. Leipzig, Duncker & Humblot. M. 10.—
- von Zwiebnick-Südenhorst, Otto, Prof.:** Sozialpolitik. Leipzig, B. G. Teubner. M. 9.20.
- Kraepelin, Dr. Karl:** Naturstudien in fernen Zonen. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.60.
- Schäfer, Dietrich:** Kolonialgeschichte. Sammlung Götschen. Leipzig, G. S. Götschen'sche Verlagsbuchhandlung. M. 0.80.
- Sieveling, Prof. Dr. G.:** Auswärtige Handelspolitik. Sammlung Götschen. Leipzig, G. S. Götschen'sche Verlagsbuchhandlung. M. 0.80.
- Bauch, Dr. Bruno:** Geschichte der Philosophie. Immanuel Kant. Sammlung Götschen Nr. 536. Leipzig, G. S. Götschen. M. 0.80.
- Brandenburg, E.:** Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches. (1870—1871.) Heft I und II. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.—
- Pohle, Ludwig, Prof.:** Der Unternehmerstand. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.40.
- Die Durchgeistigung der deutschen Arbeit. Ein Bericht vom deutschen Werkbund.** Jena, Eugen Diederichs. M. 1.—
- Preconi, Hector G.:** Omar Khayyam. Die Sprüche der Weisheit. Zürich, Rascher & Cie. M. 1.—
- Vahr, Hermann:** Die Kinder. Komödie. Berlin, S. Fischer.
- Jacques, Norbert:** Heiße Städte. Eine Reise nach Brasilien. Berlin, S. Fischer. M. 3.—
- Stork, Dr. Karl:** Musik und Musiker in Karikatur und Satire. Lieferung 10—16. Oldenburg i. Gr., Gerhard Stalling. M. 1.—
- Ehrenberg, Dr. Richard:** Bismarck als Leitstern sozialer Erkenntnis. Berlin, Reimar Hobbing. M. 1.—
- Guthnows Werke, 4 Bände.** Goldene Klassikerbibliothek. Herausgegeben von Reinhold Genfel. Berlin, Deutsches Verlagshaus, Bong & Co. a M. 2.—